

Alternative für Deutschland (AfD)

Antworten zu WPS / FSI vom 09.07.2021

1) Politik und Zivilgesellschaft

In Deutschland ist eine zunehmende Kluft zwischen Politik und Zivilgesellschaft wahrnehmbar. Wird Ihre Partei sich zukünftig für eine konsequente Einbindung der Zivilgesellschaft in den politischen Prozess durch ausgewogene Einladung von Betroffenenverbänden einsetzen?

Die AfD wendet sich entschieden gegen eine abgehobene Politik selbsternannter Eliten, die ohne Rücksicht auf die Bevölkerung entscheiden, was für unser Land am besten ist. Besonders ausgeprägt ist das bei der Gender-Ideologie, die vor allem auf einer einseitigen Bevorzugung von Minderheiten basiert und darüber hinaus Männer unter Generalverdacht stellt. Die AfD wünscht sich einen gesellschaftlichen Ausgleich der Interessen anstelle des Ausspiels verschiedener Bevölkerungsgruppen gegeneinander.

2) Zeitgemäße Geschlechterpolitik

„Zeitgemäße Geschlechterpolitik legt den Fokus gleichberechtigt auf die Belange von Frauen und Männern sowie von (getrennt erziehenden) Müttern und Vätern.“ Wird Ihre Partei sich für diesen zeitgemäßen Politikansatz einsetzen?

Die AfD sieht in einer zeitgemäßen Geschlechterpolitik die Akzeptanz der Unterschiede zwischen Männern und Frauen. In Bezug auf alleinerziehende Eltern bedeutet das, dass Väter und Mütter den Kindern jeweils geschlechtsspezifische Impulse geben und deshalb für die Entwicklung eines Kindes beide wichtig sind. Mit großer Sorge registriert die AfD, dass es in erheblichem Umfang Fälle gibt, bei denen ein Elternteil, meistens die Väter vom Umgang mit den Kindern ausgeschlossen werden.

3) Zeitgemäßes Familienrecht

Junge Familien wünschen sich Partnerschaftlichkeit in der Aufteilung von Betreuung und Unterhalt für ihre Kinder – vor allem auch in Trennungsfamilien.

Wird Ihre Partei im Familienrecht den Ansatz „geteilte Betreuung- geteilter Unterhalt“, nach jeweiliger Bedürftigkeit und Leistungsfähigkeit, verankern?

Unsere solidarische Gesellschaft lebt von dem Grundsatz, Leistungen und Belastungen an der Bedürftigkeit und Leistungsfähigkeit auszurichten. Dafür setzt sich auch die AfD grundsätzlich ein. Wichtig ist dabei aber auch, die Eigenverantwortung zu stärken und einzufordern.

4) Zeitgemäße Statistikerhebung

Aktuell kann das Statistische Bundesamt Trennungsfamilien nur zur Hälfte erfassen: den Haushalt, in dem das Kind gemeldet ist.

Wird Ihre Partei das Microzensusgesetz dahingehend verändern, dass zukünftig beide Haushalte der Trennungseltern statistisch erfasst werden?

Eine gute Datengrundlage ist die Voraussetzung für richtige politische Entscheidungen. Die AfD setzt sich deshalb dafür ein, dass die Datenbasis bei Trennungsfamilien umfassend verbessert wird. Neben

der Frage, in welchen Haushalten eine Teilbetreuung stattfindet, ist es auch wichtig zu erfassen, in welchen Fällen es zu einem Elternteil zu einem gewollten oder erzwungenen Kontaktabbruch gekommen ist.

5) Zeitgemäßes Melderecht

Heute können Kinder in Trennungsfamilien melderechtlich nur in einem Haushalt angemeldet sein.

Wird Ihre Partei das Melderecht dahingehend anpassen, dass zukünftig Kinder in Trennungsfamilien in beiden Haushalten gemeldet sein werden?

Änderungen am Melderecht haben weitreichende Seiteneffekte und Wechselwirkungen zu anderen Verwaltungsvorgängen. Änderungen sollten deshalb nur noch einer eingehenden Analyse der Folgen vorgenommen werden. Mindestens beim Wechselmodell erscheint eine entsprechende Anpassung sinnvoll.

6) Staatliche Leistungen und Trennungsfamilien

Aktuell fokussiert das Steuer- und Sozialrecht nur auf einen Haushalt in Trennungsfamilien.

Wird Ihre Partei zukünftig staatliche Leistungen (Kindergeld, Betreuungsfreibetrag u. ä.) auf beide Haushalte in Trennungsfamilien aufteilen?

Die AfD tritt für ein Familiensplitting ein, bei dem die Steuerlast durch die Anzahl der Familienmitglieder geteilt wird. Im Falle von Trennungen müssen Regelungen geschaffen werden, dass beide Elternteile davon profitieren, wenn beide an der Erziehung des Kindes/der Kinder mitwirken. Die Förderung der Kinder über Sozialleistungen sollte den Eltern in dem Umfang zukommen, in dem sie zur Erziehung und Betreuung der Kinder beitragen.

7) Zeitgemäßes Abstammungsrecht

Wird Ihre Partei sich für ein zeitgemäßes Abstammungsrecht einsetzen, das sich an Abstammung orientiert und dabei nicht eine Erwachsenen-, sondern die Kindersicht priorisiert?

Wird Ihre Partei dabei Mutterschaft und Vaterschaft über biologische Abstammung rechtlich gleichbehandeln?

Zu dieser Frage hat sich die AfD noch nicht positioniert.

8) Faire Aufteilung staatlicher Fördergelder

Aktuell fördert der Staat vor allem Frauen- und Mütterverbände finanziell; authentische Männer- und Väterverbände erhalten keine Förderung.

Wird Ihre Partei sich zukünftig für eine faire und paritätische Aufteilung der Zuwendungen an Frauen- und Männerverbände einsetzen?

Mit großer Sorge sieht die AfD, dass staatliche Förderungen zunehmend ideologisch gewährt werden und dabei die Neutralitätspflicht des Staates massiv verletzt wird. Dies ist auch bei einer einseitigen Förderung von Frauenverbänden zu erkennen, häufig im Zusammenhang mit der Gender-Ideologie. Die AfD setzt sich dafür ein, dass hier in Zukunft eine gerechte Aufteilung staatlicher Förderprogramme erfolgt.

9) Kontaktabbrüche bei Trennungskindern

Aktuell erleiden zwischen 30 % und 40 % der Trennungskinder vollständigen Kontaktabbruch zu einem Elternteil, überwiegend zu ihren Vätern. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei zur Prävention ergreifen?

Zuallererst möchte die AfD unter anderem durch eine aktivierende Familienpolitik, die finanzielle Entlastung von Familien und eine deutlich höhere Anerkennung von Familienarbeit erreichen, dass deutlich weniger Trennung auftreten, so dass sich gar nicht erst die Frage eines Kontaktabbruchs stellt. Da sich diese Fälle aber realistischerweise immer ergeben werden, möchte die AfD die Trennungsfolgen, vor allem für die Kinder, möglichst geringhalten, z.B. durch: Aufklärung von Familienrichtern zu den Vorteilen des Wechselmodells, Stärkung des Bewusstseins der Bedeutung von männlichen und weiblichen Bezugspersonen für die Entwicklung der Kinder, Stärkung der Väterrechte beim Umgang und Kontakt zu den Kindern.

gez.

Sebastian Maack

Leiter des Bundesfachausschusses 4 Familie und Demografie / Alternative für Deutschland